Ausgabe 1 2019

akzente

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband NRW
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

Tarifrunde 2019

Übernahme

des Tarifergebnisses
auf die Beamtinnen und Beamten
sowie Versorgungsempfängerinnen
und Versorgungsempfänger

Jugendwahlen am 9. Mai 2019

DJG

Aus dem Inhalt Seite

Neue Geschäftsstelle	2
Ein gutes Signal	3
Tarifabschluss 2019	4
BAG-Urteil	5
Besoldungsgespräche 2019	6
AZK-Termine / Gesundheitsmanagement	7
Fachbereich Tarif	8
Landesvorstand im Gespräch mit JM	9
Elektronischer Rechtsverkehr/Akte	10-11
Collage zur Demo	12-13
Bundesvorstandssitzung	14
Fachbereich IT	15
Landesvorstand stellt sich vor	16-17
Fachbereich Jugend / Azubis Wuppertal	18
Kandidaten Jugend-Wahl	19
Behinderung und Hauptvertrauensperson	20
mittlerer Justiz-Dienst / Trauertafel	21
BZG Minden / Fachb. Staatsanwaltschaft	22
Justizwachtmeister / Mitglieder-Hinweis	23

Impressum
Herausgeber: Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Werdener Straße 1 (AG) 40227 Düsseldorf
Telefon 0211 / 83 06 43 100
E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de

Redaktion:
Klaus Plattes, Ursula Winkelmann,
Karen Altmann, Heidi Hegewald,
Marko David, Matthias Peterkord, Volker Fritz
Fotos: Winkelmann, Altmann

Die Beiträge, die mit Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Die Redaktion behält sich vor, Berichte aus Platzgründen zu kürzen ohne den Inhalt dabei zu verzerren.
Presseveröffentlichungen, Zeitungsbeiträge, Leserbriefe usw. bitte an obige Anschrift.

Redaktionsschluss
für die nächste Ausgabe:
19. Juli 2019

Die DJG NRW geht neue Wege

Geschäftsstelle in Neuss zum 1. April 2019 eröffnet.

Liebe Mitglieder,

ab sofort steht Ihnen unsere neue Mitarbeiterin, Frau Sabine Weyer, für sämtliche Anfragen, Änderungsmitteilungen und sonstigen kleinen und großen Probleme rund um die Mitgliedschaft in der DJG NRW zur Verfügung.

Frau Weyers wird auch den Kontakt zu unseren neuen Regionalvorsitzenden und Vertrauensleuten halten und unsere Sonderinfos versenden.
Sie haben die Möglichkeit, sich die DJG-Sonderinfos und „akzente“ direkt an Ihre dienstliche und/oder private Email-Adresse zukommen zu lassen.
Dafür melden Sie sich unter der Emailadresse:
sonderinfo@djg-nrw.de an und Sie werden sofort im Verteiler aufgenommen und verpassen nichts mehr, was rund um die DJG NRW wichtig Ist.

Nutzen Sie die Möglichkeit und melden sich an !!!

Die DJG Geschäftsstelle befindet sich in
41460 Neuss, Freithof 22
Telefon: 02131 1516337
E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de

Frau Weyers wird Montag und Dienstag in der Zeit von
8.00 Uhr- 12:00 Uhr vor Ort sein.

Herzliche Grüße
Klaus Plattes

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass unsere neue DJG Geschäftsstelle in Neuss eingerichtet ist und ab dem 1. April 2019 unsere Mitarbeiterin, Frau Weyers, ihre Arbeit aufgenommen hat.

Näheres zur Anschrift und Erreichbarkeit finden Sie in dieser Ausgabe.

Wir sind zuversichtlich, dass wir durch diese organisatorische Maßnahme die Betreuung unserer Mitglieder und der Fachbereiche der DJG für die Zukunft sichergestellt haben.

Die weiteren, auf unserem letztjährigen Gewerkschaftstag beschlossenen, strukturellen Veränderungen nehmen ebenfalls positive Formen an.

Bereits jetzt haben wir eine Vielzahl von DJG Vertrauenspersonen für die jeweiligen Gerichte und Staatsanwaltschaften gewinnen können. Einzelne Bezirksgruppenvorsitzende sind nunmehr als Regionalvertreter für die DJG tätig. Mein Appell an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, falls Sie Interesse an der Gewerkschaftsarbeit vor Ort haben, melden Sie sich bitte bei uns, direkt an den Landesvorstand oder aber an unsere Geschäftsstellenanschrift.

Die jeweiligen Regionalvertreter und Vertrauenspersonen werden wir in den kommenden Ausgaben von akzente nach und nach vorstellen. Auf unserer Internetseite wird eine neue Rubrik mit Namen und Behörden der jeweiligen Vertrauenspersonen eingerichtet. So haben Sie zukünftig einen genauen Überblick über Ihre Ansprechpartner vor Ort.

Unsere Fachbereiche haben ihre ersten Frühjahrsitzungen durchgeführt. Informationen hierzu finden sie ebenfalls in dieser Ausgabe. Mit viel Freude und Einsatz wurden dort anstehende Themen diskutiert und Arbeitsaufträge an den Landesvorstand erarbeitet.

Mit großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass eine Vielzahl neuer Kolleginnen und Kollegen an den Sitzungen der Fachbereiche teilgenommen haben. Herzlichen Dank dafür. Ein sehr gutes Signal für die anstehenden gewerkschaftlichen Aufgaben, die wir eben nur gemeinsam bewältigen können.

Meine Vorstandskollegen und ich freuen uns auf die vor uns liegende Arbeit und die Begegnungen mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ihr

Klaus Plattes
Landesvorsitzender

Tarifabschluss 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Tarifabschluss ist nun schon über einen Monat her und unsere Tarifleute erreichen immer mehr Rückfragen, die die DJG nunmehr versucht in dieser Info für Sie zu beantworten.
Für die DJG vor Ort in Potsdam waren Karen Altmann DJG NRW (Fachbereichsvorsitzende Tarif) und Wolf-Dieter Müller DJG S.-H. (stellvertretender Bundesvorsitzender für den Bereich Tarif).
Derzeit finden f**ür diesen Tarifabschluss noch Redaktions- und Nachverhandlungen statt. Mit einer Erhöhung Ihrer Entgelte ist frühestens mit der Mai- eher Juniabrechnung zu rechnen.**
Die Ergebnisse für den Justizbereich nochmal kurz zusammengefasst.
Entgelterhöhung
Erhöhungen der Tabellenentgelte
Ab **01.Januar.2019** rückwirkend im Gesamtvolumen um 3,2 %
– Für die Stufe 1 der EG2 bis EG15 um 4,5 %
– Für die Stufen 2 – 6 linear um 3,01 % mindestens 100 €
Ab **01.01.2020** im Gesamtvolumen um 3,2 %
– Für die Stufe 1 der EG2 bis EG15 um 4,3 %
– Für die Stufen 2 – 6 linear um 3,12 % mindestens 90 €
Ab **01.01.2021** im Gesamtvolumen 1,4 %
– Für die Stufe 1 der EG2 bis EG15 um 1,8 %
– Für die Stufen 2 – 6 linear um 1,29 % mindestens 50 €
Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte
Die Erhöhung erfolgt in zwei Schritten
– 50 Euro ab 01.01.2019
– 50 Euro ab 01.01.2020
Der Urlaubsanspruch erhöht sich auf 30 Tage
Höhergruppierungsgewinn
Rückwirkend ab 01.01.2019 Erhöhung des Garantiebetrages von
– EG1 bis EG8 von 30,67 Euro auf 100,- Euro
– EG9 bis EG14 von 61,31 Euro auf 180,- Euro
Der Forderung nach einer stufengleichen Höhergruppierung wollte die TdL nicht nachkommen, wobei der jeweilige Garantiebetrag begrenzt ist auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Zuordnung.
Jahressonderzahlung
Die Jahressonderzahlung bleibt für alle Tarifbeschäftigten im TV-L erhalten. Sie nimmt jedoch zur Mitfinanzierung diverser struktureller Verbesserungen in den Jahren 2019 bis 2022 nicht an den linearen Tariferhöhungen teil und wird mit Stand 2018 eingefroren. Das bedeutet, dass der Betrag, der Ende 2018 gezahlt wurde, die nächsten Jahre identisch gezahlt wird.
Justizhelfer werden nunmehr der EG 4 zugeordnet. Ob das automatisch geschieht kann derzeit noch nicht gesagt werden.

Bewährungshelfer/Sozialarbeiter:
Sie werden dem Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) zugeordnet Diese SuE Entgelttabelle tritt am 01.01.2020 in Kraft.
EG 9
Die EG 9 wird unterteilt in EG 9 a und EG 9 b
EG 9 b ist die ehemalige „große“ EG 9 (z.B. ein Teil der IT-Kräfte) und EG 9 a ist die ehemalige „kleine“ EG 9 (z.B. Geschäftsstellenkräfte des mittleren Dienstes Laufbahngruppe 1.2).
Dies betrifft ausschließlich Geschäftsstellenkräfte, die bereits in der kleinen EG 9 (EG 9a) eingruppiert sind.
Es finden folgende Änderungen der Überleitungsregelung, vorbehaltlich der Redaktionsverhandlungen, in der nunmehr EG 9a statt.
Die Stufe 3 geht automatisch in Stufe 4; die Stufe 4 automatisch in Stufe 5 und die Stufe 4 mit Erhöhungsbetrag in Stufe 6 über. Die verlängerten Stufen-

laufzeiten fallen nunmehr weg und passen sich den originären Stufenlaufzeiten an (z.B. Wartefrist in der EG 3 vormals 9 Jahre nunmehr 3 Jahre um der Stufe 4 zugeordnet zu werden). Siehe auch Stufenlaufzeit TV-L §16.

Über die genaue Umgruppierung, vor allem die Anrechnung der bereits absolvierten Stufenlaufzeiten, finden aktuell noch Redaktionsverhandlungen statt. Diese Verhandlungen müssen abwartet werden. Die DJG wird dann erneut berichten.

Nochmal klarstellend, die Tarifverhandlungen hatten das BAG-Urteil nicht in der Form in den Verhandlungen, dass automatisch alle in EG 9a kommen, sondern das bedeutet derzeit, dass keine Änderungen weder positiv noch negativ in den anderen Entgeltgruppen vorgenommen werden. Alle Kolleginnen und Kollegen bleiben in der Entgeltgruppe, in der sie derzeit eingruppiert sind.

Die Forderung der TdL, die Definition des Arbeitsvorgangs (§ 12 TV-L) – im Zuge des BAG-Urteils – **negativ** zu ändern, konnte abgewehrt werden, ist aber noch nicht vom Tisch. Gerade mit Blick auf den Arbeitsvorgang TV-L § 12 muss die DJG am Ball bleiben. Die DJG wird sich weiterhin diesbezüglich besprechen und Forderungen aufstellen und mit dem dbb besprechen. Bei der Änderung des Arbeitsvorganges müssen auch die Veränderungen, z.B. die Einführung der e-Akte, Berücksichtigung finden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Karen Altmann,
Fachbereichsvorsitzende Tarif,
Karen.altmann@djg.de

Wolf-Dieter Müller

BAG-Urteil zur Eingruppierung auf den Geschäftsstellen

Eingruppierungsfeststellungsklagen

Wie geht es weiter!

Nachdem nunmehr die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind und das BAG-Urteil nicht in die Tarifverhandlungen eingeflossen ist, wird die DJG NRW zusammen mit dem dbb allen Mitgliedern die Möglichkeit geben zu klagen bzw. sich einer Sammelklage anzuschließen.

Bitte fordern Sie dafür das Rechtsschutzformular bei Karen.altmann@djg-nrw.de an.
Weitere Informationen zur Vorgehensweise erhalten Sie dann in einer persönlichen Mail.

Um sich den Eingruppierungsfeststellungsklagen anzuschließen, müssen Sie nicht vorab den Antrag auf Höhergruppierung, bezogen auf das BAG-Urteil, gestellt haben.

DJG Sonderinfo - DJG Sonderinfo

Besoldungsgespräche 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gespräche statt Stillstand

Die Besoldungsgespräche sind aus Sicht des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) positiv zu bewerten. Neben der bereits angekündigten linearen Erhöhung konnten noch weitere Verbesserungen erreicht werden. So steigen die Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020 um 50 Euro monatlich, außerdem erhalten sie einen zusätzlichen Tag Urlaub. Darüber hinaus erhalten die verbeamteten Pflegekräfte eine dynamische Zulage in Höhe von 120 Euro monatlich.

Damit haben wir einen ersten Schritt in Richtung einer Attraktivitätsoffensive erreichen können“, erklärt Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Weitere Schritte sollen in zugesagten Gesprächen vereinbart werden.“ Die Teilnehmenden der Besoldungsgespräche haben sich verbindlich darauf verständigt, über Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität im Öffentlichen Dienst zu sprechen. Wichtige Themen sollen dabei unter anderem die Gestaltung der Arbeitszeit und Regelungen für Beschäftigte im Schichtdienst.

Die Vereinbarungen der Besoldungsgespräche im Einzelnen:

· Zum 1. Januar 2019 und 2020 erfolgt jeweils eine Anpassung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Höhe von 3,2 Prozent, zum 1. Januar 2021 erfolgt eine Anpassung in Höhe von 1,4 Prozent.

· Die Anwärterbezüge sowie die Bezüge der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare steigen jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020 um 50 Euro, außerdem erhalten die Anwärterinnen und Anwärter einen zusätzlichen Urlaubstag.

· Die verbeamteten Pflegekräfte erhalten eine dynamische Zulage in Höhe von 120 Euro.

· Eine Verbindliche Gesprächszusage zu Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes, insbesondere zu den Themen Arbeitszeit und zu Regelungen des Schichtdienstes.

Quelle: dbb nrw

Wann gibt es mehr Geld und wieviel ?

Der Zeitpunkt für die Umsetzung des Tarifergebnisses und die Übernahme die Beamten steht derzeit noch nicht fest.

Zwischen den Tarifpartnern wurde die „Erklärungsfrist” bis zum 30. April 2019 vereinbart. Erst danach werden die sich aus der Tarifeinigung ergebenen Änderungstarifverträge von der Arbeitnehmer- und der Arbeitsgeberseite unterzeichnet und bekannt gegeben.

Für den Beamtenbereich hat die Landesregierung erklärt und mit den Gewerkschaften vereinbart, das Gesamtvolumen des Tarifergebnisses für die Jahre 2019, 2020 und 2021 auf die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aller Besoldungsordnungen und -gruppen zeit- und wirkungsgleich zu übertragen.

Das Ergebnis muss dann noch vom Landtag bestätigt werden.

Das LBV wird dann auch, zeitnah die Auszahlungen vorbereiten, aktuelle Entgelt- und Besoldungstabellen veröffentlichen.

Ihre DJG NRW

Der Landesvorstand

Klaus Plattes

Landesvorsitzender

Karen Altmann – Volker Fritz – Marko David – David Felsner – Matthias Peterkord – Günter Uhlworm

stellvertretende Landesvorsitzende/n

AZK Johannes-Albers Bildungsforum gGmbH

Die Johannes-Albers-Bildungsforum gGmbH lädt ein

Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 – 73 119 (Regina Ochs)bzw. 02223 – 73 117 (Uta Kowalski)

„Politische Bildung bringt auf Augenhöhe!" –Aktuelles aus unseren Bildungsprogramm 2019

Senioren engagieren sich: Werte und Demokratie bewahren
20.-24.05.2019 Tagungsbeitrag: 300,- €
Tagungsort: Steinbach

Afrika - gehört diesem Kontinent die Zukunft? Ein entwicklungspolitisches Seminar
24.-26.05.2019 Tagungsbeitrag: 140,00 €

Kommunalpolitik aus christlich-sozialer Perspektive
Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2019/20
27.-29.05.2019 Tagungsgebühr: 140,00 €

Glück Auf! – Das Ruhrgebiet im Wandel?
03.-07.06.2019 Tagungsbeitrag: 230,- €

Seniorenkolleg: Schleswig-Holstein, das raue und schöne Land zwischen den Meeren
06./07.06.2019 Tagungsgebühr: 60,00 €

Bewahrung der Schöpfung - Rettung in letzter Minute? So verhindert der Mensch das Aussterben von heimischen Tieren
17.-19.06.2019 Tagungsbeitrag: 140,00 €

Ein Land verändert sich: Migration und Integration - Perspektiven, Beispiele und Erfolge in Deutschland
01.-05.07.2019 Tagungsbeitrag: 180,00 €

Faszination Rheinland: Politik und Geschichte direkt und unmittelbar vor Ort entdecken Mit dem Rad, dem Schiff und zu Fuß
03.-05.07.2019 Tagungsbeitrag: 180,00 €

Schreib-Akademie: Kreativ schreiben – Mit Literatur in den Sommer
05.-07.07.2019 Tagungsbeitrag: 160,- €

Seniorenkolleg: Neue soziale Medien für Senioren / Internet, Facebook, Twitter und Co. - Keine Angst vor der digitalen Welt
11./12.07.2019 Tagungsbeitrag: 60,00 €

Gehirnfitness: Besser konzentrieren, entspannter arbeiten
11.-13.07.2019 Tagungsbeitrag: 160,- €

Wie erreiche ich die Wähler? Medienarbeit in der Kommunalpolitik
15.-17.07.2019 Tagungsbeitrag: 140,00 €

Großkonzerne und Industriestandort Deutschland: Konzentrierte Macht – Mit Exkursionen
15.-19.07.2019 Tagungsbeitrag: 220,- €

Im Tagungsbeitrag sind enthalten:
Übernachtung im Doppelzimmer, Vollverpflegung, Lehrmaterialien. Der EZ-Zuschlag beträgt 16,00 Euro pro Nacht.
ALG-II-Empfänger, Auszubildende und Studenten (bis 30 Jahre) erhalten bei allen Seminaren einen Rabatt von 50 % auf den Tagungsbeitrag

Seminare für Personalräte

Öffentlichkeitsarbeit – interner und externer Auftritt des Gremiums. Gutes Tun gut verpackt
27.-29.05.2019 Tagungsbeitrag: 384,- €

Eingruppieren – aber richtig! – TVöD Bund/Länder. Grundlagen
03.-05.06.2019 Tagungsbeitrag: 384,- €

Wirtschaftliche Kompetenz für Arbeitnehmervertretungen – die wichtigsten Zahlen und Fakten kennenlernen – Grundlagenseminar
03.-05.07.2019 Tagungsbeitrag: 384,- €

PR II – Personelle Beteiligungsrechte
08.-12.07.2019 Tagungsbeitrag: 643,- €

Hinweis: Zu den Tagungsbeiträgen kommen noch Übernachtungs- und Verpflegungskosten hinzu. Hinweise zu Rabattierungen entnehmen Sie den Hinweisen auf unserer Homepage

Gesundheitsmanagement / LPVG NRW

Der neu gegründete Fachbereich traf sich in diesem Jahr bereits zweimal in den Räumen der DJG Geschäftsstelle in Neuss.
Beide Termine wurden unterstützt durch den Landesvorstand Klaus Plattes sowie Karen Altmann, welche die Anwesenden über den Aktivitäten des Landesvorstands insbesondere zu den Tarifverhandlungen informierten. Im Hinblick auf die anstehenden Personalratswahlen im nächsten Jahr wurde zunächst gemeinsam eine Diskussionsvorlage für Hauptvorstandssitzung am 25. und 26. April in Königswinter erarbeitet.

Die Kollegin Karin Rommelsheim wurde als stellvertretende Fachbereichsvorsitzende einstimmig von allen Anwesenden gewählt, so dass diese die im letzten Herbst neu gewählte Fachbereichsvorsitzende Stefanie Krey-Niemann unterstützen wird. Angeregte Diskussionen entfachten sich zum Thema Gesundheitsmanagement (GM). Schnell wurde klar, dass es sicherlich in erster Linie zu diskutieren sein wird, wie sich das Land im Hinblick auf die Realisierung des GM bisher zeigt und welche Forderungen seitens der DJG gestellt werden sollten.

Wer GM will, muss dafür Möglichkeiten schaffen! – Personal – Räume – Geld.
Ideen und Forderungen der Anwesenden wurden gesammelt und werden als Arbeitsvorlage dem Landeshauptvorstand vorgelegt. Gespräche mit Politik und Ministerium sollen die Entwicklung des Gesundheitsmanagements vorantreiben und in richtige Bahnen lenken.

Es bleibt ein spannendes Thema, welches gerade im Zeitalter von Arbeitsverdichtung, demografischem Wandel und Digitalisierung immer wichtiger zu werden scheint.

Bericht des Fachbereichs Tarif

am 29.01.2019 in Neuss

Am Dienstag, 29.01.2019, traf sich der Fachbereich Tarif zu einer Sitzung in Neuss. Es standen viele Punkte auf der Tagesordnung, die abzuarbeiten waren. Nach der Begrüßung durch die Fachbereichsleiterin stiegen wir direkt in die Tagesordnung ein.

Karen Altmann, die stellvertretende Vorsitzende des Landesvorstands NRW, berichtete über die Lage der Tarifverhandlungen. Die Haltung der TdL bezüglich des BAG-Urteils, eine Änderung der Definition des Arbeitsvorganges zu fordern, trägt der dbb und Tarifunion nicht mit. Des Weiteren teilte der dbb und tarifunion mit, dass die TdL die Entgeltgruppe 4 für die Wachtmeister anbietet, gleichfalls sollen die Bewährungshelfer in die Entgeltordnung SuE (Sozial- und Erziehungsdienst) überführt werden.

Bezüglich des BAG-Urteils – Eingruppierung in die EG 9 – sollen Rücksprachen mit den entsprechenden Dienstleitungszentren geführt werden. Wer zu seinem Recht kommen möchte, muss klagen. Die Mitglieder der DJG sind durch den Rechtsschutz abgesichert.

Aufgrund der Uneinigkeit der TdL und den Fachgewerkschaften wird es zu Warnstreiks kommen. Es wurde u.a. auch erörtert, dass es immer schwieriger wird, die Beschäftigten dazu zu bewegen, rege an den Warnstreiks teilzunehmen. Viele beklagen die hohe Arbeitsbelastung! Jedoch wird sich daran nichts ändern, wenn wir nicht mehr Personal, gute Ausbildungsmöglichkeiten in der Justiz und die sofortige Übernahme fordern.

Die Justiz muss durch die Ausbildungsoffensive Anreize für junge Menschen schaffen, die ansonsten in „andere“ Behörden des öffentlichen Dienstes abwandern. Als weiterer TO-Punkt stand die Wahl des stellvertretenden Fachbereichsleiters zur Debatte.

Es wurden Claudia Möltgen (OLG-Bezirk Köln) und Cornelius Nal (OLG-Bezirk Hamm) für den Fachbereich Tarif gewählt. So sind insgesamt alle OLG-Bezirke im Fachbereich gut vertreten. Zur Vertrauensarbeitszeit/Flexible AZ wurde eine anregende Diskussion über das Für und Wider geführt.

Fazit des Fachbereichs Tarif:

Wir würden uns eine flexible Arbeitszeit in allen Behörden wünschen. Von der Vertrauensarbeitszeit würden wir derzeit Abstand nehmen, da es für die Serviceeinheiten – die an die Geschäftszeiten gebunden sind – schwer umsetzbar ist.

In den besonderen Fokus genommen wurde die Ausbildung zum/zur Justizfachangestellten im Hinblick auf den elektronischen Rechtsverkehr und die Staatsanwaltschaften. Sinnvoll wäre eine Schulung in JUDICA und MESTA vorab, bevor die Azubis in die Serviceeinheiten zur praktischen Ausbildung gehen. Gleichzeitig wird gefordert, dass alle Azubis an ihrem Ausbildungsplatz JUDICA in Echtversion aufgespielt bekommen, so dass auch von dort aus bereits Akten (z.B. nachmittags) bearbeitet werden können.

Auch wir nutzen jetzt die neue Art der Information untereinander, indem wir eine WhatsApp-Gruppe für alle Mitglieder eingeführt haben. Diese Gruppe dient zum schnellen Informations- und Fragenaustausch. Gleichfalls wird ein Verteiler für den E-Mail-Verkehr erstellt, so dass alle Infos aus dem Fachbereich Bund auch dem Fachbereich Tarif NRW zur Verfügung stehen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen und einer anschließenden Abschlussbesprechung endete die gemeinsame Fachbereichssitzung.

Martina Jary
Fachbereichsleiterin

Der Landesvorstand im Gespräch mit dem Minister der Justiz und dem Staatssekretär

David, Plattes, Justizminister Biesenbach, Fritz, Felsner, Uhlworm, Altmann

Das Gespräch fand im Düsseldorfer Landtag statt. Auf Seiten des Landesvorstandes nahmen die Kollegin Altmann sowie die Kollegen Plattes, Fritz, David, Felsner und Uhlworm, teil. Der Landesvorsitzende stellte Herrn Minister Biesenbach zunächst die Organisation der DJG NW vor. Im Laufe des Gesprächs wurde der Fokus auf die neuen Ausbildungen in der Justizverwaltung gerichtet. Herr Minister Biesenbach stellte klar, dass ohne einen zweiten Ausbildungsstandort die Ausbildung der zu erwartenden Anwärter in den kommenden Jahren nicht durchzuführen wäre. Die Planungen für einen zweiten Ausbildungsstandort sind weitgehend abgeschlossen. Um den Anforderungen bzw. den Bewerbungen gerade aus dem Hammer Bezirk Rechnung zu tragen, sei der Standort Essen favorisiert worden. In diesem Zusammenhang äußerten die Mitglieder des Landesvorstandes Kritik an der aktuellen Kampagne des Ministeriums der Justiz zur Darstellung der Berufsbilder in der Justizverwaltung. Die Kampagne sei, gerade aus Sicht der Jugend, nicht ansprechend bis hin zu langweilig, so der stellvertretende Landesvorsitzende für den Bereich Jugend, David Felsner. Kollege Felsner regte an, sich intensiv um die Organisation von Berufsmessen zu kümmern, mit für die Jugend ansprechenden Werbeartikeln. Dazu gehörten selbstverständlich neue Flyer in einem neuen Format. Die Erfahrung bisheriger Ausbildungsmessen zeigt noch deutlichen Optimierungsbedarf. Vom Landesvorstand wurde angeregt nachzuhalten, wie viele Bewerberinnen und Bewerber durch die Kampagne sich für eine Ausbildung bei der Justizverwaltung entschlossen haben.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war die sogenannte Stichtagsregelung für die Überführung von Mitarbeitern zum ITD in Köln. Der Landesvorstand machte deutlich, dass durch immer noch fehlende Kommunikation, Information und Verbindlichkeit durch die Verantwortlichen des ITD enorme Unsicherheiten bei den betroffenen Mitarbeitern auslöst.

Hier muss unbedingt nachgesteuert werden. Das fehlende Personal, gerade im BIT beim Oberlandesgericht Düsseldorf, sei nicht mehr tragbar. Seit Monaten sei das Ministerium der Justiz in Verzug ob u.a. ein zweiter Standort für ein weiteres BIT realisierbar wäre.

Nach dem gut einstündigen Gespräch verabredeten beiden Seiten weitere Gespräche.

Klaus Plattes
Landesvositzender

Auf dem Bundesgewerkschaftstag der DJG im November 2018 in Berlin verabschiedete der Gewerkschaftstag einstimmig folgendes

Positionspapier zum Elektronischen Rechtsverkehr/elektronischer Akte

I. Grundposition

Die Justiz als Trägerin der Dritten Gewalt und Garantin des Rechtsstaats befindet sich mit dem bereits eingeführten elektronischen Rechtsverkehr und der anstehenden Einführung der elektronischen Akte (eJustice) vor einem grundlegenden Umbruch, der sich nachhaltig auf nahezu alle Arbeitsprozesse und alle Berufsgruppen innerhalb der Justiz auswirkt.

Die technischen Entwicklungen und Fortschritte sollen in der Justiz die bisherigen Arbeitsabläufe verbessern und optimieren.

Diese Modernisierungsprozesse werden von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft grundsätzlich begrüßt. Allerdings kann dieses Vorhaben nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten weiterhin informiert und eingebunden werden sowie in Entscheidungsprozessen Gestaltungsspielräume nutzen können.
Um künftige Fehler und Systemabstürze zu vermeiden, muss das Motto lauten:
Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

Dieses modifizierte Positionspapier beinhaltet hinsichtlich der Einführung von eJustice eine aktualisierte Zusammenstellung der Forderungen, die wir als Deutsche Justiz-Gewerkschaft an die Justizpolitik der nächsten Jahre stellen. Die aufgeführten Punkte sind nicht abschließend und bedürfen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen der kontinuierlichen Fortschreibung.

II:

Forderungen/Erwartungen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft

1.

Kein Personalabbau durch die Einführung von eJustice

1.1

Für die DJG steht der Mensch im Mittelpunkt. Die Bediensteten in der Justiz müssen in die Umsetzung aller neuen technischen Verfahren eingebunden werden. Eine per Deklaration erklärte und an den Bediensteten vorbeigeführte neue Arbeitsumgebung wird von der DJG nicht akzeptiert werden.

1.2

Ein Personalabbau darf nicht als Zielvorgabe für die Implementierung neuer IT gelten.

1.3

Eine Arbeitsverdichtung durch eJustice wird absehbar stattfinden, deshalb wird im Rahmen der Initiierungsphase, welche bereits jetzt schon erkennbar länger als erwartet andauert, mehr Personal benötigt. Hier sehen wir den Dienstherrn in der Pflicht, auch im Hinblick auf den demographischen Wandel.

1.4

Mit Blick auf eJustice verändern sich die Arbeitsabläufe grundlegend. Bei der Umsetzung ist es für die DJG unerlässlich, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz durch den Dienstherrn sichergestellt werden.

1.5

Die vorhandene Personalstärke in der Justiz reicht für die Implementierung der neuen Verfahrensweisen nicht aus. Es kann und darf aus dem vorhandenen Personalbestand nicht rekrutiert werden -Neueinstellungen mit in die Zukunft gerichteter Ausbildung/Qualifizierung sind unabdingbar.

1.6

Die bereits bestehenden personellen Ressourcen innerhalb der Justiz müssen erhalten und angesichts der neuen IT weiter ausgebaut werden.

1.7

Erkennbar ist eine Finanzierung durch den Bundeshaushalt nicht erfolgt. Um weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu Lasten der Bediensteten in den Ländern zu vermeiden, unterstreicht die DJG ihre Forderung nach zumindest anteiliger, finanzieller Unterstützung der Länder durch den Bund.

2.

Erhalt der Strukturen

2.1

Die Erhaltung aller bewährten Dienstzweige in der Justiz (Justizwachtmeister, Justizbeschäftigte, Justizfachwirte, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher) ist für die DJG die Prämisse für ein funktionierendes Justizsystem. Die mögliche Abschaffung von einzelnen Laufbahnen aufgrund der Einführung von eJustice wird von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft abgelehnt.

2.2

Alle Dienstzweige in der Justiz müssen in die Prozesse der Einführung von eJustice eingebunden sein. Die Stellenbeschreibungen und -bewertungen müssen entsprechend abngepasst werden.

2.3

Die IT muss den Arbeitsabläufen folgen, also den Bedürfnissen der Bediensteten angepasst werden.

2.4

Schließungen von Gerichtsstandorten, unabhängig von der Größe, lehnt die DJG ab. Die Justiz hat als dritte Gewalt eine große Verpflichtung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Nahe Standorte sind nicht nur bürgerfreundlich, sondern fördern auch die Attraktivität der Berufsbilder in der Justiz.

2.5

Zentralisierungen werden grundsätzlich von der DJG abgelehnt.

III.

Datenhoheit muss bei der Justiz bleiben - Datensicherung -

3.1.

Die Anwendung von elektronischen Daten bewirkt die Notwendigkeit des größtmöglichen Datenschutzes. Die Datenhoheit und die Datensicherheit müssen gewährleistet sein. Der Umgang mit den sensiblen Daten in der Justiz ist eine Aufgabe, die allein der dritten Gewalt vorbehalten bleiben muss.

3.2

Ein „Outsourcing“ aller operativen Datenanwendungen auf private bzw. nichtstaatliche Dienstleister wird von der DJG abgelehnt.

3.3

Eigene qualifizierte IT Fachkräfte müssen mit der Bertreuung der Datenbestände befasst werden. Im Hinblick auf das ausscheidende Fachpersonal im Gebiet der IT muss eine angepasste Ausbildung bzw. modulare Qualifikation für den IT Bereich geschafften werden.

3.4

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert das höchste Maß an Sicherheit im Umgang mit eJustice. Auf die europäische Datenschutzgrundverordnung wird hingewiesen.

IV.

Zusätzliches Personal

4.1

Bis zu einer endgültigen und erfolgreichen Einführung von eJustices muss ein ausreichender Bestand des Personals gewährleistet bzw. sichergestellt werden.

4.2

Eine zeitnahe Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen auf die neuen Verfahren muss gewährleistet sein.

4.3

Während der Umstrukturierung muss eine intensive Begleitung am Arbeitsplatz vor Ort durch den Dienstherrn bei den Bediensteten erfolgen. Solange die „Papierakte“ rechtsverbindlich ist, muss die Betreuung der Fachanwendungen gewährleistet bleiben.

4.4

Ein angepasstes Ausbildungs- und Personalentwicklungskonzept muss im Zusammenhang mit der Einführung von eJustice vorliegen.

4.5

Neue Aufgaben bedürfen zusätzliches Personal und eine entsprechende Erhöhung der Besoldung.

V.

Angepasste Ausbildungen/Dienstpostenbewertung/Arbeitsplatzbeschreibung
Die zu erwartenden neuen Aufgaben durch die Einführung von eJustice bedingen eine neue Orientierung aller Ausbildungsbereiche in der Justiz.
Die Einführung von eJustice bietet nach Vorstellung der DJFG die Chance, durch angepasste Dienstpostenbewertungen / Arbeitsplatzbeschreibungen die Attraktivität der Berufsbilder in der Justiz zu steigern.

VI.

Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit im Rahmen von eJustice ist zwingend erforderlich.

VII:

Einbindung der Personalvertretungen/Gewerkschaften

Die Einbindung der Personalvertretungen sowie der Deutschen Justiz-Gewerkschaft in die Planung und Umsetzungsphasen von eJustice ist weiterhin unerlässlich.

VIII.

EDV- Infrastruktur muss geschaffen und zuverlässig ausgestattet werden.

Ein zuverlässiger Ausbau der gesamten elektronischen Infrastruktur (Breitbandausbau, Serversicherheit, Software ect.) muss im Interesse eines reibungslosen Arbeitsablaufs gewährleistet sein.

Bereits jetzt ist erkennbar, dass die vorhandenen Kapazitäten in den Ländern nicht ausreichend sind.

IX.

Dritte Gewalt

Die Justiz trägt als dritte Gewalt im Staat eine besondere verfassungsrechtliche und gesellschaftspolitische Rolle. Vor dem Hintergrund dieser bedeutenden Rolle ist eine sorgsame und mit Augenmaß geplante Umsetzung aller Vorhaben zur Einführung von eJustice unabdingbar. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird dieses Vorhaben daher weiter konstruktiv und kritisch in Verantwortung für ihre Mitglieder und der Bürgerinnen und Bürger, die unseren Diensten mit großem Vertrauen begegnen, begleiten.

Tarifrunde 2019
Der Landesvorstand

sagt DANKE

Bundesvorstandssitzung

Vom 15.-16.03.2019 nahmen der Landesvorsitzende Klaus Plattes und die stellvertretende Landesvorsitzende Karen Altmann (Fachbereichsvorsitzende Bund Tarif) sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Marko David (Fachbereichsvorsitzender Bund Wachtmeister) und David Felsner (stellvertretender Bundesjugendleiter) an der Bundesvorstandssitzung teil.

Diese Bundesvorstandssitzung war die erste Sitzung nach der Neuwahl der Bundesleitung im Herbst letzten Jahres. Die Bundesleitung stellte sich in ihren jeweiligen übernommenen Aufgabenbereichen kurz vor und berichtete über ihre Tätigkeiten ab Amtsübernahme.

Ein großes Thema war die Neugestaltung des Magazins. Das DJG Magazin wurde zum Ende des Jahres gekündigt und soll nun ein neues frisches Layout erhalten. Wie oft das Magazin erscheinen wird, ist ebenfalls noch in der Diskussion. Beschlossen wurde, dass diese neue Form das Magazin sowohl im Druck als auch Online den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden soll. Die Bundesleitung wird nun eine Art „Newsletter“ herausgeben und zwischendurch alle Mitglieder informieren.

Nach Abschluss der Tarifverhandlungen nahm auch dieses Thema einen großen Tagesordnungspunkt ein. Wichtige Inhalte haben wir Ihnen in einem gesonderten Artikel zusammengefasst.

Wie geht es weiter beim BAG-Urteil?
Die Bundesleitung berichtete über die Gespräche, die sie mit dem Geschäftsbereich Tarif beim dbb geführt haben. Die Geschäftsbereich Tarif sagte seine Unterstützungen in den möglichen Klageverfahren zu.

Frau Elisabeth Winkelmann-Becker, rechtspolitische Sprecherin der CDU, besuchte den Bundesvorstand am Samstagvormittag und stellte sich den Fragen der Teilnehmer. Thema dabei der Pakt des Rechtsstaates. Im Pakt des Rechtsstaates wurde beschlossen, dass 2000 Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen werden sollen. Die Bundesregierung unterstützt die Länder dabei in einem geldlichen Umfang. Im Innenverhältnis, so Elisabeth Winkelmann-Becker, wurde vereinbart, dass die Länder zusätzliche Stellen für den Unterbau schaffen sollen. Ihr wurde mehr als deutlich gemacht, wie unterschiedlich die Länder den Pakt des Rechtsstaats sehen und wie die Umsetzungen erfolgen. Auch wurde durch den Bundesvorstand deutlich gemacht, was es bewirkt, wenn Gesetze im Bund geschlossen werden, die dann in den Gerichten und Staatsanwälten – ohne zusätzliches Personal – umgesetzt werden sollen.

Eine informative Bundesvorstandssitzung ging danach zu Ende.

Anmerkung: Liebe Mitglieder, sicher haben Sie bereits gemerkt, dass das DJG-Magazin nicht mehr in der bisherigen Ausgabe bei Ihnen ankommt. Der Landesvorstand möchte Ihnen aber die Seiten des dbb Bund und DBB NRW weiterhin zur Verfügung stellen. Das Magazin erhalten Sie daher als DBB NRW-Magazin mit den zusätzlichen Inhalten des dbb bund.

Sitzung des Fachbereichs IT am 18.03.2019 in Neuss

Die erste Sitzung des Fachbereichs IT fand am 18.03.2019 in den Räumlichkeiten der DJG Zentrale in Neuss statt.

Die neue Fachbereichsleiterin begrüßte die Mitglieder des Fachbereichs, welche sich aus den verschiedenen Zweigen der IT zusammensetzen. So sind sowohl Mitarbeiter der dezentralen Welt (BV-Mitarbeiter/in) als auch der zentralen Welt (ITD) vertreten.

Seitens des Landesvorstandes waren Frau Karen Altmann und Herr Klaus Plattes anwesend.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorstandsvorsitzenden Klaus Plattes wurde ein Stellvertreter aus den Reihen der Anwesenden gewählt. Herr Michael Lang vom Oberlandesgericht Köln / ITD wurde einstimmig zum Vertreter gewählt.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung und zurzeit auch ganz aktuelles Thema wurde über die Stichtagsregelung gesprochen. Hierzu gab es einen sehr intensiven Austausch.

Zum Teil haben die Beteiligten schon an den Infoveranstaltungen der Oberlandesgerichte unter Beteiligung des ITD und zum Teil auch mit Vertretern der REORG/IOB teilgenommen.

Hervorzuheben aus der intensiven Diskussion ist, dass die Mitarbeiter der Meinung sind, nicht ernst genommen zu werden und dass die Führungskräfte ihre Führungsaufgaben nicht richtig wahrnehmen. Hier besteht zum Teil auch noch erheblicher Schulungsbedarf bei den Führungskräften. Es bestand auch der dringende Wunsch nach konkreten Ansprechpartnern, an die sich die betroffenen Mitarbeiter mit ihren Fragen wenden können. Im Allgemeinen wurde auch die fehlende Kommunikation und Information als unzufrieden angesehen.

Sehr intensiv wurde auch über die Unterschiede z.B. bei der Eingruppierung der Mitarbeiter aus den verschiedenen Bezirken gesprochen. Die Leistungen werden unterschiedlich eingestuft. Als Beispiel wurde auch das Aufstellen von Rechnern durch BV Mitarbeiter genannt. Hier gibt es einige Behörden, die dies durch ihr eigenes BV-Personal abwickeln, andere Behörden kaufen diese Leistungen direkt mit ein.

Seitens der ITD-Mitarbeiter wurde der Wunsch geäußert, dass sogenannte Migrationsteams (bestehend aus Mitarbeitern des ITD's und des BV vor Ort) gebildet werden sollten. Weiterhin sollte es keine gemischten Migrationen (z.B. AG+StA+SG+ArbG) geben, die Migrationen müssten auch besser vorbereitet werden, dies sollte auch unter rechtzeitiger Einbeziehung der Mitarbeiter vor Ort geschehen. Seitens der BV-Mitarbeiter wurde angeregt, regelmäßige Anwenderbetreuertreffen durchzuführen und auch die Mitarbeiter der BV's durch die regelmäßige Teilnahme an Schulungen auf einen „gleichen" Stand zu bringen.

Die Stichtagsregelung wird seitens des ITD's für den 01.10.2019 anvisiert. Aufgrund dieses Termins und des bis dahin eventuell schon veröffentlichen Personalentwicklungskonzepts des ITD findet die nächste Sitzung des Fachbereichs am 11.06.2019 um 10:00 Uhr statt.

Eine angeregte Diskussion wurde auch über das Pro und Contra für die Einführung der Vertrauensarbeitszeit/Flexible Arbeitszeit geführt. Hier war man sich schlussendlich jedoch einig, dass die Vertrauensarbeitszeit in vielen Bereichen nicht ein- bzw. umsetzbar ist. Eine Flexible Arbeitszeit könnte auch in weiteren Bereichen der Justiz Anwendung finden. In einigen Behörde ist diese Form bereits schon erfolgreich umgesetzt.

Nach einer kurzen Stärkung fand die Abschlussbesprechung statt. Dort wurde auch der nächste Termin 11.06.2019 festgesetzt.

Petra Hugel

Fachbereichsleiterin

Der Landesvorstand der DJG NRW stellt sich vor

Klaus Plattes
Landesvorsitzender
Wiedergewählt auf dem Gewerkschaftstag 2018 in Königswinter für 5 Jahre

Seit 1974 bei dem Amtsgericht Düsseldorf als Justizbeschäftigter.
Zu 100 % freigestellt für seine Tätigkeit als Personalratsvorsitzender beim Amtsgericht Düsseldorf und stellvertretender Vorsitzender beim Hauptpersonalrat Ministerium der Justiz.
Dienststelle Amtsgericht Düsseldorf.

Tel.: 0211 830643100
Handy: 0179 5900830
E-Mail: klaus.plattes@ag-duesseldorf.nrw.de Mail privat: klaus_plattes@msn.com

Volker Fritz
Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Laufbahngruppe 1.2/21.
Justizamtsinspektor, Dienststelle Amtsgericht Dortmund,

Seit 2012 Personalratsvorsitzender der Behörde,
Seit 2016 Mitglied des Hauptpersonalrats allgemein und Bezirkspersonalrats OLG Hamm

Tel.: 0231 936 23102 E-Mail: volker.fritz@ag-dortmund.nrw.de

Karen Altmann
Stellvertretende Landesvorsitzende Bereich Tarif
Justizbeschäftigte , Dienststelle Amtsgericht Düsseldorf,

1.Stellvertretende Vorsitzende beim örtlichen Personalrat Amtsgericht Düsseldorf,
1.Stellvertretende Vorsitzende beim Bezirkspersonalrat Oberlandesgericht Düsseldorf,
Stellvertretende Vorsitzende beim Hauptpersonalrat bei dem Ministerium der Justiz,

Tel.: 0160 4152607 E-Mail: karen.altmann@djg-nrw.de

Marko David
Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Justizwachtmeisterdienst
Justizoberwachtmeister, Dienststelle Amtsgericht Aachen

Personalratsmitglied beim Amtsgericht Aachen,
Vertrauensmann der nichtrichterlichen schwerbehinderten Menschen beim Amtsgericht Aachen,
Stellvertretender Bezirksvertrauensperson beim Oberlandesgericht Köln,
stellvertretende Hauptvertrauensperson beim Ministerium der Justiz Land NRW

Tel.: 0241 9425 43304 E.-Mail: biebesse@web.de

Günter Uhlworm
Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich schwerbehinderte Menschen,
Justizamtsinspektor, Dienststelle Amtsgericht Aachen,

Bezirksvertrauensperson bei dem Oberlandesgericht Köln,
Hauptvertrauensperson der nichtrichterlichen schwerbehinderten Menschen beim Ministerium der Justiz.
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretungen
und Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden in NRW
Tel.: 015201734412 E.-Mail : guenter.uhlworm@djg-nrw.de

David Felsner
Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Jugend

Justizbeschäftigter, Dienststelle Amtsgericht Düsseldorf,

Vorsitzender der Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Oberlandesgericht Düsseldorf.
Vorsitzender der Haupt-Jugend-und Auszubildendenvertretung bei Ministerium der Justiz,

Tel: 0211 830643051 E.-Mail: david.felsner@ag-duesseldorf.nrw.de

Matthias Peterkord
Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Ambulanter Sozialer Dienst,
Sozialrat, Dienststelle Landgericht Bonn,
Mitglied des Fachbereichs Ambulanter Sozialer Dienst

Tel.: 0228 629167112 E.-Mail.: matthias.peterkord@lg-bonn.de

Petra Herrguth
Landesfrauenbeauftragte der DJG,
Justizbeschäftigte, Dienststelle Amtsgericht Köln,

Gleichstellungsbeauftragte beim Amtsgericht Köln,
Schwerbehindertenvertrauensperson der nichtrichterlichen Bediensteten beim Amtsgericht Köln,
Mitglied der Bezirksschwerbehindertenvertretung beim Oberlandesgericht Köln,
Mitglieder der Hauptschwerbehindertenvertretung bei dem Ministerium der Justiz.

Tel.: 0221 4772331 E.-Mail: petra.herrguth@ag-koeln.nrw.de

Rainer Laudage
EDV-Rechnungsführer des Landesverbandes der DJG
Pensionär. Justizamtsinspektor a.D. frühere Dienststelle Staatsanwaltschaft Arnsberg

Tel.: 02931 16809
Handy: 0175 4337848 E.-Mail.: Rainer.Laudage@gmx.de

Wolfgang Bernig
Landesrechnungsführer der DJG seit 1974,
Pensionär, frühere Dienststelle Landgericht Düsseldorf,

Tel.: 02103 42515 E-Mail.: wolfgang.bernig@t-online.de

Georg Schiffer
Webbetreuer der DJG,
Justizbeschäftigter , Dienststelle Staatsanwaltschaft Düsseldorf,

Mitglied im örtlichen Personalrat bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf,
Mitglied im Bezirkspersonalrat bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf,

Tel.: 0211 60251052 E.-Mail.: georg.schiffer@djg-nrw.de

Sitzung des Fachbereichs Jugend

am 6. März 2019 in Mülheim an der Ruhr

Am 6. März trafen sich viele junge Kolleginnen und Kollegen zur ersten Jugend-Fachbereichssitzung in Mülheim an der Ruhr.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Klaus Plattes und den stellvertretenden Landesvorsitzenden David Felsner folgten die Wahlen des Vorsitzenden und des Stellvertreters.

Hierbei wurden Kollege Rik Spütz vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Vorsitzenden und Kollege Tobias Salber vom Amtsgericht Aachen zum stellvertretenden Vorsitzenden des neu gegründeten Fachbereichs gewählt.

Rik Spütz
Beschäftigt beim Verwaltungsgericht Düsseldorf
Telefon dienstl. : 0211 8891 4338
rik.spuetz@vg-duesseldorf.nrw.de

Tobias Salber, Justizbeschäftigter
beim Amtsgericht Aachen
Vorsitzender der örtlichen Jugend- und Auszubildenden Vertretung
Tel. dienstl.: 0241/9425-43352
Mail: Tobias.Salber@ag-aachen.nrw.de

Großes Thema der Sitzung waren natürlich die Planungen der anstehenden JAV-Wahlen am 9. Mai 2019. Viele Fachbereichsmitglieder treten als Kandidatinnen und Kandidaten für die Haupt- Bezirks- sowie örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung an, um die Interessen unserer jungen Mitglieder auf allen Ebenen vertreten zu können.

Danach berichteten die Vertreter des Landesvorstandes über die Ergebnisse der bisher geführten Gespräche mit dem Leiter der FHR Bad-Münstereifel Dr. Limbach, Verantwortlichen aus dem Ministerium der Justiz sowie rechtspolitischen Sprechern verschiedener Landtagsfraktionen. Bei diesen Gesprächen spielte die Ausbildung stets eine große Rolle.

Nach den Berichten folgte eine gute Diskussion zum Thema „Flexible Arbeitszeiten in der Justiz“. Grundsätzlich sprach sich die Jugend hierbei für eine flexible Arbeitszeit aus, allerdings muss darauf geachtet werden, dass ein Eildienst eingerichtet ist und eine Anwesenheit während der Publikumszeit gewährleistet ist.

Als letzter Punkt auf der Tagesordnung wurde schließlich die Werbekampagne des Ministeriums der Justiz NRW thematisiert. Alle waren der Meinung, dass aktuell zu wenig Werbung auf Berufsmessen betrieben wird und Materialien dafür fehlen. Die Ausbildung zum/zur Justizfachangestellten ist in der Gesellschaft immer noch kaum bekannt, und es gibt erhebliche Zweifel seitens des Fachbereichs, dass die aktuelle Werbekampagne dies ändert.

Es wurde sich darauf geeinigt, dass zur nächsten Fachbereichssitzung ein Vertreter des Ministeriums der Justiz eingeladen wird, um ausstehende Fragen zu klären. Der Fachbereich möchte hierbei auch eigene Ideen präsentieren.
Abgerundet wurde die erfolgreiche Sitzung mit einem gemeinsamen Essen, bei dem noch reger Austausch stattfand. Die nächste Fachbereichssitzung findet am 04.06.19 statt.

David Felsner
Stellv. Landesvorsitzender (Bereich Jugend)

Azubitag im Hochsicherheitstrakt

Am 25.10.2018 besuchten die Auszubildenden des Amtsgerichts Wuppertal das Hochsicherheitsprozessgebäude des Oberlandesgerichts Düsseldorf. Dort empfingen uns die Wachtmeister Herr Platt und Herr Förster, welche uns mit interessanten Informationen zum Gebäude und zum Ablauf eines Verhandlungstages versorgten. Die Besichtigung fand an einem verhandlungsfreien Tag statt, was uns ermöglichte, alle Bereiche des Hochsicherheitstrakts zu sehen. Dazu gehörten unter anderem der große Sitzungssaal, in dem bis zu 72 Verteidiger Platz nehmen können sowie der Zellentrakt, die Zentrale und der Hubschrauberlandeplatz.
Zu jedem Bereich konnten die Wachmeister beeindruckende und auch erschreckende Geschichten aus ihren Dienstjahren erzählen. Nach der Besichtigung endete der Azubitag mit einem gemeinsamen Essen, bei dem sich die Auszubildenden über das Erlebte austauschen konnten.

Bezirksjugendvertretung Hamm

Charleen Knauer

AG Dortmund

Ich bin 26 Jahre alt und arbeite beim Amtsgericht Dortmund. Seit September 2017 bin ich dort in der Betreuungsabteilung eingesetzt. In meiner Freizeit treffe ich mich gerne mit meinen Freunden und gehe shoppen.

Von 2015 bis 2017 war ich in der örtlichen JAV tätig und bin nun seit 2017 in der BJAV. Für die BJAV trete ich an, weil ich auch weiterhin eure Interessen vertreten möchte.

Mir ist es wichtig gemeinsam mit euch eure Wünsche und Verbesserungsvorschläge umzusetzen und mich für euch zu engagieren!

Bezirksjugendvertretung Düsseldorf

David Felsner

AG Düsseldorf

Ich bin 22 Jahre alt und arbeite in der Zwangsvollstreckungsabteilung beim Amtsgericht Düsseldorf. In meiner Freizeit unternehme ich gerne etwas mit Freunden und treibe Sport.

Ich trete erneut für die Bezirksjugendvertretung an, weil ich mich weiterhin für Eure Interessen einsetzen möchte.

Ich bin bereits seit 4 Jahren Vorsitzender der Bezirksjugendvertretung bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf und seit 2 Jahren Vorsitzender der Hauptjugendvertretung bei dem Ministerium der Justiz. In diesen Jahren hat sich vieles zum Positiven entwickelt und wir haben in den Gremien einiges erreichen können.

Gemeinsam mit Euch möchte ich mich dafür stark machen, dass die Ausbildungsbedingungen immer besser werden und eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sicher ist. Ich werde Euch mit einer Menge Ehrgeiz und Energie vertreten.

Bezirksjugendvertretung Köln

Melanie Martin

AG Köln

Ich bin 22 Jahre alt, habe meine Ausbildung zur Justizfachangestellten im Januar dieses Jahres abgeschlossen und arbeite seither auf der Strafabteilung des Amtsgerichts Köln.

Ich kandidiere, da mir Eure Angelegenheiten wichtig sind, ich mich gerne für Euch einsetze und ein vertrauensvoller Ansprechpartner während der Ausbildung wichtig ist.

Als aktuelle Vorsitzende der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung konnte ich schon einige Erfahrungen sammeln.

DJG

Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW
Fachbereich Jugend
Mitglied in der dbb jugend nrw

Friedhof 22
41460 Neuss

www.djg-nrw.de

IMPRESSUM

Redaktion:
David Felsner

Druck & Layout:
Zimmermann GmbH,
Köln

Unterstützt von BB Bank

DJG
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Größte Fachgewerkschaft der Justiz im Deutschen Beamtenbund

DEINE STIMME FÜR UNSERE KANDIDATEN

HAUPTJUGENDWAHLEN

BEZIRKSJUGENDWAHLEN

WIR SIND AUF EINEM GUTEN WEG.
DESHALB: WEITER SO!
WÄHLT LISTE 2!

Liste 2

Kennwort:
Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Deine Stimme
für unsere Kandidaten

... am 09.Mai 2019 findet die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung statt. Du hast die Möglichkeit, mit Deiner Stimme Deine Interessenvertretung für die nächsten zwei Jahre zu bestimmen.

DAS IST DEINE CHANCE, DENN

- die JAV ist dein Ansprechpartner, wenn Du in Deiner Dienststelle oder der Berufsschule Probleme hast
- die JAV setzt sich für Dich ein
- die JAV gibt dir Informationen
- die JAV beantwortet Deine Fragen

KURZ GESAGT:
Die JAV macht sich für Dich stark.
Darum gehe auch Du zur Wahl!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Deutschen Justiz-Gewerkschaft haben die Rückendeckung durch ihren starken Verband. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die größte Fachgewerkschaft im Justizbereich und hat für die Jugend einen eigenen Fachbereich. Unsere Jugend- und Auszubildendenvertreter sind durch Seminare und Tagungen geschult. Sie erhalten durch uns alle wichtigen Informationen, die für eine erfolgreiche Wahrnehmung Deiner Interessen erforderlich sind.

Sie werden geschult und unterstützt, damit sie ihre Tätigkeiten in der JAV und im Personalrat frei und unabhängig durchführen können.

WIR STEHEN EIN FÜR

- eine qualifizierte und Bedarfsgerechte Ausbildung,
- verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten,
- leistungsgerechte Bezahlung,
- klare Beurteilungsrichtlinien,
- den Ausbau der Mitbestimmungsrechte für die Personalvertretung, besonders für die Jugendvertretung,
- feste Arbeitsverträge nach der Ausbildung

WIR SIND GEGEN

- den Abbau von Ausbildungsplätzen,
- Kürzungen im Haushaltsmitteln für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Darum: die Kandidatinnen und Kandidaten der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, für die örtliche JAV, die Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretungen und für die Hauptjugend und Auszubildendenvertretung - auf jeden Fall die richtige Wahl!

Habt Ihr Schule oder seid anderweitig an dem Tag der Wahl verhindert?

Geht auf Nummer sicher und nehmt Euer Recht zur Wahl wahr, indem Ihr Briefwahl beantragt!

Weitere Informationen erhaltet Ihr unter:

www.djg-nrw.de

auf unserer Instagram-Seite:
djg_nrw

oderauf Facebook:
Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW

Eure Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Hauptjugendvertretung

David Felsner

AG Düsseldorf

Ich bin 22 Jahre alt und arbeite in der Zwangsvollstreckungsabteilung beim Amtsgericht Düsseldorf. In meiner Freizeit unternehme ich gerne etwas mit Freunden und treibe Sport.

Ich trete erneut für die Hauptjugendvertretung an, weil ich mich weiterhin für Eure Interessen einsetzen möchte. Ich bin bereits seit 4 Jahren Vorsitzender der Bezirksjugendvertretung bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf und seit 2 Jahren Vorsitzender Hauptjugendvertretung bei dem Ministerium der Justiz. In diesen Jahren hat sich vieles zum Positiven entwickelt und wir haben in den Gremien einiges erreichen können.

Gemeinsam mit Euch möchte ich mich dafür stark machen, dass die Ausbildungsbedingungen immer besser werden und eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sicher ist. Ich werde Euch mit einer Menge Ehrgeiz und Energie vertreten.

Hauptjugendvertretung

Kevin Hudzik

AG Köln

Mein Name ist Kevin, ich bin 25 Jahre alt und habe im Januar dieses Jahres meine Prüfung zum Justizfachangestellten abgeschlossen. In meiner Freizeit fotografiere ich gerne, Rad fahren macht mir viel Spaß und die Playstation kommt bei mir auch nicht zu kurz.

Bereits in der letzten Amtsperiode war ich Vorsitzender der Bezirksjugendvertretung bei dem Oberlandesgericht Köln. Mitglied der örtlichen JAV und Ersatzmitglied der Hauptjugendvertretung.

Auch in den nächsten 2 Jahren möchte ich wieder dabei sein und mich für Euch und eure Interessen einsetzen und mein bisher gesammeltes Wissen umsetzen. Besonders wichtig ist mir die Übernahme der Auszubildenden nach der Ausbildung. Natürlich stehe ich für jedes Problem jederzeit zur Verfügung und habe ein offenes Ohr!

Hauptjugendvertretung

Philipp Diekmann

AG Dortmund

Ich bin 25 Jahre alt und komme aus Dortmund. Seit März 2019 arbeite ich in der Verwaltung beim Amtsgericht Dortmund. In meiner Freizeit treffe ich mich gerne mit Freunden oder gehe auf Konzerte.

Während meiner Ausbildung war ich zunächst Vorsitzender in der örtlichen JAV beim Amtsgericht Dortmund. Seit 2017 bin ich nun in der BJAV beim OLG Hamm tätig.

Ich kandidiere jetzt für die HJAV, weil ich auch weiterhin ein Ansprechpartner für eure Fragen und Probleme sein möchte.

Für eure Rechte und Interessen werde ich mich weiterhin stark machen und mit viel Engagement einsetzen.

Hauptjugendvertretung

Cizem Toraman

AG Wuppertal

Ich bin 21 Jahre alt und seit Januar fertig mit der Ausbildung zur Justizfachangestellten. Ich arbeite jetzt in der Betreuungs- und Strafabteilung beim Amtsgericht Wuppertal. In meiner Freizeit verbringe ich viel Zeit mit meiner Familie.

Ich trete für die Hauptjugendvertretung an, weil ich Eure Interessen vertreten möchte. In den letzten zwei Jahren habe ich mich für Euch in der Hauptjugendvertretung und in der Bezirksjugendvertretung im Bezirk Düsseldorf als stellv. Vorsitzende eingesetzt und viel Spaß an der Tätigkeit gehabt. Gemeinsam mit Euch möchte ich mich für die Ausbildungsbedingungen stark machen! Ich werde eine Menge Ehrgeiz, Erfahrung, Durchsetzungsvermögen und natürlich Spaß mitbringen, sowie mich tatkräftig für Eure Rechte und Anliegen einsetzen!

WEITERE PLÄTZE:

Der Flyer kann ebenfalls unter www.djg-nrw.de angesehen werden

Treffen des DJG Fachbereichs Menschen mit Behinderung

Am 22.02.2019 trafen sich Mitglieder der Fachbereichsgruppe „Menschen mit Behinderung “ im Amtsgerichts Düsseldorf zur Fachbereichssitzung.
JAlin Marion Jurican, tätig bei dem Amtsgericht Düsseldorf, stellte sich als neue Fachbereichsleiterin vor.
Als 1. Stellvertreterin wurde Frau Heike Janßen-Lensing vom Amtsgericht Kleve gewählt.

Gleichzeitig wurde unsere liebe Kollegin Gudrun Lichtenhagen verabschiedet. Wir danken Frau Lichtenhagen für ihren langjährigen und unermüdlichen Einsatz für die Belange der „Menschen mit Behinderung“ in der Justiz. Eines der wichtigen Themen des Treffens war die Stellungnahme der AGSV an den Bundesminister für Soziales und Arbeit zu der geplanten 6. Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung.
Ein weiteres Thema war die ausreichende Freistellung der Schwerbehindertenvertretung unabhängig von der Anzahl der schwerbehinderten beschäftigten Mitarbeiter. Es wurde über das Projekt STAR der Integrationsfachämter sowie über die Einrichtung der Landesqualifizierungsklassen gesprochen.
Alle waren sich einig darüber, dass es eine wesentliche Aufgabe der Landesverwaltung sein sollte, Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung herzustellen und ihnen eine gleichberechtigte berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Insgesamt wurden viele verschiedene Themen besprochen und diskutiert.

Marion Jurican

Günter Uhlworm wurde erneut zur Hauptvertrauensperson gewählt

Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung der nichtrichterlichen schwerbehinderten Menschen in der Justiz NRW - Geschäftsbereich Justiz –
Am 21.03.2019 fand im Ministerium der Justiz NRW die Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung der nichtrichterlichen schwerbehinderten Menschen in der Justiz NRW - Geschäftsbereich Justiz - statt.

Günter Uhlworm wurde erneut - einstimmig - zur Hauptvertrauensperson gewählt. Zum 1. Stellvertreter wurde Marko David gewählt. Weitere stellvertretende Mitglieder sind Wolfgang Schasse, Karin Collenberg und Petra Herrguth. Ihre Amtszeit beginnt am 01.04.2019 und endet am 31.03.2023.

Sitzung des Fachbereichs Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst)

am 15. Februar 2019 in Mühlheim/Ruhr

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Oberlandesgerichtsbezirken trafen sich zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung nach dem Gewerkschaftstag der DJG im vergangenen Jahr.
Die neue Fachbereichsvorsitzende, Kollegin Christiane Wagner vom Landgericht Mönchengladbach, konnte zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Vom Landesvorstand waren die Kollegen Fritz und Plattes anwesend.
Zu Beginn der Sitzung wurden 2 Stellvertreter des Fachbereichs gewählt.
Kollege Björn Franke vom Oberlandesgericht Köln wurde zum 1. Stellvertreter und Kollege Jürgen Pitzner vom Amtsgericht Kleve zum 2. Stellvertreter des Fachbereichs einstimmig gewählt.
Die Vertreter des Landesvorstandes berichteten über die Entwicklung in der Justizverwaltung mit Blick auf die neuen Ausbildungen in der Justizverwaltung und die weiteren Planungen beim ITD in Köln.
Bei der Vielfalt der Themen für den Fachbereich, hier wären zu nennen Leitfaden der DJG für die Laufbahngruppe 1.2, zukünftige Aufgabenübertragungen von der Laufbahngruppe 2.2 auf die Laufbahngruppe 1.2, bis hin zu Überlegungen von neuen Arbeitsprofilen für die Laufbahngruppe 1.2 wurde beschlossen, innerhalb des Fachbereichs 2 Arbeitsgruppen für die anstehenden Themen zu bilden. Eine Arbeitsgruppe befasst sich mit den beschriebenen Themen, die andere mit den Themengebieten Arbeitszeitmodelle, Ausbildung/Nachwuchsfindung.
Es wurde vereinbart, in einem Termin am 05.07.2019 in Mühlheim/Ruhr die Themen und Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen.
Der Fachbereich regte für die turnusgemäße zweite Sitzung des Fachbereichs im Herbst ein Treffen in der JAK Recklinghausen an, um sich dort die elektronische Akte im „Showroom“ der JAK präsentieren zu lassen.
Christiane Wagner
Fachbereichsvorsitzende

Verstorben sind die Kolleginnen und Kollegen:

Heinz-Jakob Pollmanns, Bezirksgruppe Krefeld - **Ralf Dreisbach**, Bezirksgruppe Hagen

Ruth Libuda, Bezirksgruppe Düsseldorf - **Hermann Biere**, Bezirksgruppe Detmold

Ute Schmitz, Bezirksgruppe Wuppertal - **Elvira Friedrichs**, Bezirksgruppe Köln

Alfons Brochhagen, Bezirksgruppe Düsseldorf - **Horst-Dieter Otto**, Bezirksgruppe Hagen

Wir verlieren mit den Verstorbenen treue Mitglieder; ihnen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landes- und Hauptvorstand

Versammlung der Bezirksgruppe Minden am 13.11.2018

Am 13. November 2018 fand in einer Gaststätte in Minden die Versammlung der Bezirksgruppe Minden statt.
Der Vorsitzende Holger Winterberg begrüßte zahlreiche Mitglieder der Bezirksgruppe Minden sowie den Landesvorsitzenden Klaus Plattes. Nach einer kurzen Begrüßung wurde gemeinsam gegessen.
Nach der Stärkung wurden folgende Themen ausführlich behandelt:
-Aktuelles aus dem Landesvorstand;
-Eingruppierung der Justizbeschäftigten und
-Zukunft der Bezirksgruppen.

Der letzte Punkt nahm den größten Zeitraum ein. Klaus Plattes berichtete ausführlich, wie es zu der Entscheidung kam, die Vorstände der Bezirksgruppen aufzulösen und ab 2019 in der neuen Form fortzuführen.
Bereits am 27.09.2018 traf sich die Bezirksgruppe Minden zu einer Versammlung, bei der dieses Thema ausführlich behandelt wurde. Letztlich wurden die Veränderungen aber zur Kenntnis genommen und von den meisten Kolleginnen und Kollegen akzeptiert.
Bei der Versammlung am 27.09.2018 wurde auch eine Jubilarehrung vorgenommen. Der Vorsitzende Holger Winterberg konnte dem Kollegen Jürgen Brixius vom Amtsgericht Lübbecke eine Urkunde für 25-jährige Mitgliedschaft in der DJG überreichen. Der Kollege trat der DJG bereits 1990 bei und die Ehrung wurde nunmehr nachgeholt.

Nach rund drei Stunden und vielen interessanten Gesprächen beendeten Klaus Plattes und Holger Winterberg die Versammlung.

Sitzung des Fachbereichs Staatsanwaltschaften in den Räumen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf

Der auf dem letztjährigen Gewerkschaftstag der DJG neu gewählte Vorsitzende des Fachbereichs, Kollege Helmuth Maßen von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, konnte zur Fachbereichssitzung fünf neue Mitglieder begrüßen.
Für den Landesvorstand nahm der Landesvorsitzende, Kollege Klaus Plattes, an der Sitzung teil. Zu Beginn der Sitzung wurde Kollegin Stanka Sindic, ebenfalls von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden des Fachbereichs gewählt.
Es wurde die Situation im Bereich der Staatsanwaltschaften eingehend diskutiert. Hier ist die unzureichende Besoldungssituation ein großes Thema. Um Attraktivität für den Bereich der Staatsanwaltschaften zu schaffen, ist es nach Auffassung des Fachbereichs dringend erforderlich, finanzielle Anreize zu schaffen. Ein großes Thema war ebenfalls die neue Ausbildung für die Laufbahngruppe 1.2
Eine Verlängerung der fachpraktischen Ausbildung bei den Staatsanwaltschaften wäre hier wünschenswert. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass der Ausbildungsabschnitt bei den Staatsanwaltschaften möglichst nicht im 1 Jahr, sondern erst nach dem Ausbildungsabschnitt in der Strafabteilung bei den Gerichten durchgeführt werden sollte.
Bei der Auswahl zur Einstellung von Auszubildenden sollten die Generalstaatsanwaltschaft mehr eingebunden werden.
Zum Schluss der Veranstaltung wurde das langjährige Mitglied des Fachbereichs, Kollege Manfred Röttger von der Staatsanwaltschaft Arnsberg vom Landesvorsitzenden mit einem Präsent verabschiedet. Kollege Röttger geht im Sommer in den wohlverdienten Ruhestand.

Helmuth Maßen
Fachbereichsvorsitzender

Neues aus dem Fachbereich Justizwachtmeister!

Im März traf sich der Fachbereich Justizwachtmeister im dbb Forum Königswinter zur Fachbereichssitzung. Nach der Begrüßung durch den Fachbereichsvorsitzenden berichteten die Vertreter des Landesvorstandes über die Entwicklung in der Justizverwaltung.
Im Anschluss wurde Karin Collenberg als stellvertretende Fachbereichsvorsitzende bestätigt.

Aus terminlichen Gründen musste der rechtspolitische Sprecher von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Stefan Engstfeld MdL, die Einladung des Fachbereichs leider kurzfristig absagen.

In besonderen Fokus genommen wurden die immer mehr werdenden Übergriffe auf Justizbedienstete und den daraus resultierenden Folgen und Möglichkeiten des Einzelnen.
Eine neue Ausbildung war ein großer Komplex, zu dem wir einen detaillierten Verlauf der Ausbildung sowie Einstellungsvoraussetzungen in Arbeitsgruppen erarbeiten und in naher Zukunft dem Landesvorstand zur weiteren Unterstützung überreichen. Weitere Themen waren der elektronische Rechtsverkehr, ERV PUR Stufe II und das Scanverfahren Crosscap.
Zum Abschluss sprach man noch über den Tarifabschluss (Beschäftigte EG 4 statt EG 3) sowie Ausstattung und die Einführung von Poloshirts in der Justiz, bevor dann die Teilnehmer mit dem Dank der Mitarbeit nach Hause verabschiedet wurden.

Burkhard Platt
Fachbereichsleiter JW

Hinweis für unsere Mitglieder

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Wir möchten Sie noch mal auf die veränderten Mitgliedsbeiträge ab dem kommenden Quartal 2/2019 informieren.
Bei der letzten Sitzung des Hauptvorstandes anlässlich unseres Gewerkschaftstages im September 2018 haben die Mitglieder des Hauptvorstandes einstimmig der vom alten Landesvorstand vorgeschlagenen Beitragserhöhung um 2 € für sämtliche Beitragsgruppen zugestimmt. Die Beitragserhöhung war aus Sicht der Landesleitung notwendig, um den von DBB und DJG Bund stetig steigenden, von der DJG NRW zu zahlenden sogenannten Kopfbeiträgen, Rechnung zu tragen. Ein weiterer Punkt waren die in den letzten Jahren immer mehr steigenden Kosten für organisatorische Maßnahmen, wie z.B. Kosten für die Sitzungen unserer Fachbereiche oder von der DJG organisierter Schulungsmaßnahmen.
Im Hauptvorstand bestand deshalb Einigkeit, die Beiträge entsprechend zu erhöhen und dies für einen Zeitraum von zunächst 5 Jahren bis zu nächsten Gewerkschaftstag der DJG NRW.
In der aktuellen Ausgabe finden Sie unseren überarbeitenden Werbeflyer mit den entsprechenden neuen Beiträgen. Wir haben unser Leistungspaket erweitert. So gilt die Schlüsselversicherung auch bei dem Verlust von Signaturkarten, die sicherlich in naher Zukunft relevant werden. Weiterhin bieten wir unseren Mitgliedern Unterstützung in Beihilfeangelegenheiten an. Wir sind natürlich auch weiterhin bemüht, unser Leistungspaket stetig zu erweitern. Anregungen Ihrerseits sind herzlich willkommen.
Klaus Plattes
Landesvorsitzender

Beitrittserklärung und Einzugsermächtigung:

Monatsbeiträge:

Anwärter und Auszubildende	7,50 Euro
Pensionäre und Rentner	8,00 Euro
Teilzeitkräfte	8,50 Euro
Wachtmeisterdienst	9,00 Euro
Sekretäre	9,00 Euro
Beschäftigte	9,50 Euro
Obersekretäre	9,50 Euro
Hauptsekretäre	10,00 Euro
Bes.Gr. A 9	10,50 Euro
Bes.Gr. A 9 plus Zulage und A 10	11,00 Euro
Bes.Gr. A 11	11,50 Euro
Bes.Gr. A 12	12,00 Euro
Bes.Gr. A 13 und höher	13,00 Euro

Meinen Beitritt zur Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Landesverband NRW, Werdener Straße 1, 40227 Düsseldorf erkläre ich mit Wirkung zum 01._____.

Zu- und Vorname:

Wohnanschrift:

Geburtsdatum:

Dienststelle:

Dienstbezeichnung:

Teilzeit von-bis:

Eintritt in die Justiz:

Ich ermächtige die DJG NRW, Werdener Straße 1, 40227 Düsseldorf, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, auf mein Konto bezogene Lastschriften der DJG einzulösen.

Die Datenschutzerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und willige diese ein. Einzusehen unter www.djg-nrw.de

Name des Kontoinhabers:

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Ort, Datum und Unterschrift

DJG Geschäftsstelle
Freithof 22, 41460 Neuss
Tel: 02131 1516337
Mo: 8:00 Uhr – 12:00 Uhr
Di: 8:00 Uhr – 12:00 Uhr

E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de

Wir für mehr

Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW

Als größte Fachgewerkschaft in der Justiz setzen wir uns ein für…

- ✓ eine unabhängige Personalratsarbeit und die dazugehörigen Schulungen
- ✓ Aufstiegsverbesserungen für Beamte und Tarifbeschäftigte
- ✓ qualifizierte Ausbildung zum/zur Justizfachwirt/in und zum/zur Justizfachangestellten mit unbefristeter Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis
- ✓ eine ständige Fortbildung
- ✓ ausreichende Ausstattung in der IT

Werde Mitglied und Du erhältst durch deinen Monatsbeitrag…

- → eine Diensthaftpflichtversicherung bis 5.000.000 € für Personen und Sachschäden, sowie 50.000 € für Vermögensschäden
- → eine Dienstschlüsselversicherung, sowie eine Versicherung bei Abhandenkommen für Ausweiskarte, Zeiterfassungs- und Zugangskarten sowie Signaturkarten bis zu 50.000 €
- → eine kostenlose Rechtsberatung und Rechtsschutz in Berufsfragen und Schwerbehindertenangelegenheiten durch das Dienstleistungszentrum West des dbb NRW
- → eine kostenlose Freizeit-Unfall-Versicherung
- → eine Unterstützung bei Regressverpflichtungen aus dienstlicher Tätigkeit bis 1000 Euro
- → eine vergünstigte Vorsorgeversicherung und Vorteile durch die dbb Vorteilswelt
- → Unterstützung bei Beihilfeangelegenheiten
- → 100 % Gehaltsausgleich bei Streikmaßnahmen

Sei Teil der Weiterentwicklung in der Gewerkschaft durch die Mitarbeit in den Fachbereichen…

- Entwickle gemeinsam mit uns Positionen zu berufspolitischen und fachbezogenen Themen
- Tausche dich landesweit über die Entwicklung deines Fachbereichs aus und profitiere von den Erfahrungen aus anderen Landgerichtsbezirken in NRW
- Nimm Teil an politischen Prozessen durch die Entwicklung von kleinen Anfragen an den Landtag durch die Fachbereiche
- Bringe Ideen oder Anliegen ein, aus denen Forderungen der DJG entstehen können
- Gestalte durch Personalratsarbeit den Ablauf deiner Behörde oder des Bezirkes mit.

…und Vieles mehr!!!

Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Wir für mehr